Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 206. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 3. Mai 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VIa Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 3. Mai.

Bülows Rede und die italienische Presse.

Die römische „Tribuna" schreibt zur Rede des Fürsten Bülow im Reichstage: Die Entrevue in Gaeta habe vielen als bester Beweis gegolten, daß der Dreibund jede Existenzberechtigung verloren habe. Die feste, bündige und wohlwollende Rede des Reichskanzlers habe das Gegenteil bewiesen und bilde einen friedlichen Epilog zu den Entrevues von Rapallo und Gaeta.

* **Aehrenthal bei Bülow.** Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge stattete der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Frhr. v. Aehrenthal Donnerstag vormittag dem Reichskanzler abermals einen Besuch ab.

* **Se. Maj. der Kaiser,** der Donnerstag morgen kurz nach 6 Uhr im Automobil das Schloß verlassen hatte, traf gegen 7 Uhr auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ein und besichtigte dort die drei Bataillone des 1. Garde-Regiments zu Fuß und das Lehr-Infanterie-Bataillon. Hieran schloß sich eine größere Gefechtsübung unter Hinzuziehung anderer Waffengattungen und ein Parademarsch der Bataillone. Hierauf nahm der Kaiser die Rapporte der Leibregimenter und militärische Meldungen entgegen. Um 2 Uhr traf der Monarch von Döberitz im Automobil wieder in Potsdam ein.

* **Generalmajor v. Deimling in der Heimat.** Der bisherige Oberkommandierende der Schutztruppe von Südwestafrika, Generalmajor v. Deimling, traf Donnerstag nachmittag um 2½ Uhr mit dem Dampfer „Eleonore Woermann", aus Südwestafrika zurückkehrend, in Hamburg ein. Zur Begrüßung waren der kommandierende General des IX. Armeekorps General der Infanterie v. Bock und Polach, sowie eine größere Anzahl von Offizieren und als Vertreter des Hamburger Senates der Senator Westphal erschienen. General v. Bock und Polach begrüßte den Generalmajor v. Deimling mit einer Ansprache, die mit einem Hoch auf Deimling schloß. Darauf intonierte die Musik das Lied „Deutschland, Deutschland, über alles". Generalmajor v. Deimling dankte mit einer kurzen herzlichen Antwort für die Begrüßung.

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 2. Mai wurde der Ausschußbericht über die Vorlage betr. Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen und die Vorlage betr. Uebereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland über den Schutz der Werke der Literatur und Kunst und an Photographien zugestimmt.

* **Die Budgetkommission des Reichstages** nahm in der Sitzung am 2. cr. den Etat „Expedition nach Ostasien" an. Auf eine Anfrage, wann das in Ostasien befindliche Detachement zurückgezogen werden könne, wird von Regierungsseite geantwortet, die Aufgabe des Detachements, nämlich Schutz der Gesandtschaft, der in China befindlichen Deutschen und der in Betracht kommenden Wege, sei noch nicht erledigt. Bei der nun folgenden Beratung der Zölle, Steuern und Gebühren empfiehlt der Schatzsekretär Vorsicht in der Schätzung der Einnahmen aus den Zöllen. Frhr. v. Stengel geht hervor, daß die neuen Steuern der letzten Finanzreform teilweise den geschätzten Ertrag nicht gebracht hätten, daß andererseits aus manchen Gründen, insbesondere wegen der notwendigen Aufbesserung der Beamtengehälter, neue Einnahmen notwendig wären. Die Brausteuer habe statt der geschätzten 5 sogar 13½ Millionen Mark mehr gebracht, die Fahrkartensteuer dagegen statt der erwarteten 24 nur 12 Millionen Mark. Ein Antrag Speck, den Voranschlag der Einnahmen aus den Zöllen um 20 Millionen Mark zu erhöhen, wird angenommen. Ebenso wird folgender Antrag Speck angenommen: Tunlichst bald durch entsprechende Aenderungen der Bestimmungen der Gerstenzollordnung die Verzollung sämtlicher Gerste nach dem Satz von 4 Mark für 100 Kilo vorzuschreiben, welche zur Verwendung für Brauerei- und Brennereizwecke geeignet oder bestimmt ist, 2. den Zollsatz von 1,30 Mk. nur auf solche Gerste in Anwendung zu bringen, welche geeignetermaßen zum Färben usw. amtlich gekennzeichnet oder nachgewiesenermaßen zu Futterzwecken verwendet wird, zur Sicherstellung dieser Maßnahmen zu veranlassen, daß die Verwendung amtlich gekennzeichneter Gerste zur Herstellung von Malz, sowie die Verwendung solchen Malzes für Brauerei- und Brennereizwecke unter entsprechend hohe Strafen gestellt werden. Die Tabak- und Zigarettensteuer wird genehmigt. Bei der Zuckersteuer beantragt Abg. Staudy die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die Zuckersteuer von 14 Mk. auf höchstens 10 Mk. pro Doppelzentner herabgesetzt wird. Der Antrag wird angenommen. Die Einnahmen werden um 2 Millionen heraufgesetzt. Nach Genehmigung der Salzsteuer vertagt sich die Kommission auf heute, Freitag..

* **Die Kommission des Reichstages zur Beratung der Novelle des Pensionsgesetzes** hielt am 2. cr. die erste Sitzung ab. Angenommen wurde der Antrag Erzberger, der die Vorlegung von Material verlangt und auch Angaben über die finanziellen Folgen etwaiger rückwirkender Bestimmungen. Die Ziffern 1—9 werden angenommen. Bei Ziffer 10 wird der Antrag Erzberger-Graf Oriola angenommen, der bezweckt, 1. den Unterschied zwischen Zivil- und Militärpensionären dadurch zu beseitigen, daß allgemein die vor Beginn des 18. Lebensjahres vollendete Dienstzeit nicht angerechnet wird, 2. die Pensionen der seit dem 1. Juli 1906 ausgeschiedenen Beamten nach den neuen Vorschriften des neuen Gesetzes festzustellen. Nach Annahme der Ziffern 10—17 vertagt sich die Kommission auf heute, Freitag.

* **In der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses,** die am 2. cr. das Eisenbahnanleihe-Gesetz beriet, erklärte der Eisenbahnminister, daß mit dem Bau von Hauptlinien zukünftig stärker und gleichmäßiger vorgegangen werden müsse. Das neue Eisenbahnprogramm des Ministers wird in dem nächsten und folgenden Jahre in Vorlagen zur Erscheinung kommen. Es wurde ferner von seiten der Regierung darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre für Betriebsmittel 250 Mill. Mk. zur Verfügung ständen. Es wird dadurch möglich sein, den Anforderungen des Verkehrs im Herbste mit bedeutend mehr Material gerecht zu werden als im Vorjahr. Der Einführung von Motorwagen stehe die Regierung wohlwollend gegenüber. Es seien jetzt 27 elektrische Akkumulatorenwagen in Auftrag gegeben worden, von denen jeder 75 000 Mk. kostete. Sie sollen besonders für die Vermittelung von Anschlüssen von Nebenbahnen nach Schnellzügen dienen, und zwar vornehmlich in den Bezirken Danzig und Elberfeld. Die Geschwindigkeit auf Nebenbahnen, die bisher nicht mehr als 40 Kilometer betragen durfte, werde vom 1. Mai ab auf 50 Kilometer gesteigert.

* **In der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses** kam der Antrag Ernst (freis. Vp.) und Genossen zur Verhandlung, die Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten in organische Verbindung zu bringen, sowie die Vorschulen zu beseitigen. Die Kommission beschließt mit allen gegen eine Stimme, den Antrag des Berichterstatters anzunehmen, den Passus: „die Lehrpläne des dritten Schuljahres der mehrklassigen Volksschule nach Möglichkeit und nach Bedürfnis mit den Lehrplänen der höheren Schulen in organische Verbindung zu bringen", zur Erwägung zu überweisen, und mit Mehrheit, über den zweiten Teil des Antrags Ernst betreffend die Beseitigung der Vorschulen zur Tagesordnung überzugehen.

* **Professor Curtius tritt zurück.** Professor Curtius, der Herausgeber der Hohenlohe-Memoiren, hat, wie ein Berliner Blatt meldet, Mittwoch abend sein Demissionsgesuch als Präsident des Konsistoriums an amtlicher Stelle eingereicht.

* **Zu den deutsch-englischen Besuchen.** In der am Donnerstag in der Guildhall zu London abgehaltenen Gemeinderatssitzung verlas der Lord-Mayor ein Schreiben des Oberbürgermeisters Kirschner-Berlin, durch das die städtische Körperschaft von London eingeladen wird, Berlin zu besuchen. Man beschloß, die Einladung anzunehmen und setzte vorläufig den 13. Juni für den Besuch fest. An der Fahrt werden 7 Aldermen, 40 Räte, die Sheriffs und 2 höhere Beamte der Körperschaft teilnehmen.

* **Anita Augsburg endgültig „reingefallen".** Das Reichsgericht hat die Revision der Schriftstellerin Dr. Anita Augsburg, die am 23. November 1906 von der Strafkammer des Landgerichts zu Hamburg wegen Beleidigung der Hamburger Polizeibehörde zu 200 Mk. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Haft und zur Tragung der Kosten verurteilt worden war, verworfen.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 2. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Abg. Frhr. v. Heyl unter Hinweis auf Angriffe, die der Abg. Heine am 14. März und 22. April gegen ihn gerichtet habe: Unter den vielen Tausenden von Arbeitern, die ich beschäftige, sind nur 39, mit denen ein „Vertrag" geschlossen ist. Die 39 sind aber Vertrauensmänner, sie befinden sich in Stellen, wo Fabrik-Geheimnisse zu wahren sind. Hauptsächlich gegenüber unlauteren Machenschaften einer ausländischen Konkurrenz war es nötig, mit den Leuten Verträge zu schließen. Als deren Ergänzung kommt aber in Betracht, daß den Vertragsleuten höhere Pensionen, ebenso ihren Witwen, zugesichert sind. In diesem Zusammenhange sind die Verträge geschlossen, und in diesem Sinne sind sie zu beurteilen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Ergänzungs-Etats zur Erweiterung des Kaiser Wilhelm-(Nordostsee-) Kanals.

Abg. **Leonhart** (frs. Vp.): Die Vorlage wird für viele eine peinliche Ueberraschung sein, nämlich für jeden, der nicht weiß, daß bei uns Verkehrsanlagen gewohnheitsgemäß von vornherein zu klein angelegt werden. In diesem Falle war es ein großer Fehler, daß der Kanal in zu viel Kurven gebaut worden ist. Tatsache ist, daß der Kanal unseren preußischen Häfen: Kiel, Flensburg, Stettin und Lübeck keine Vorteile gebracht hat. Den Vorteil davon hat vielmehr nur Hamburg gehabt. Hamburg ist durch den Nord-Ostsee-Kanal in gewissem Maße zu einem Ostseehafen geworden. Hamburg sollte daher auch eigentlich mit Kosten vorbelastet werden, ebenso wie ja auch Preußen seinerzeit beim Bau des ersten Kanals erheblich zu den Kosten hat beitragen müssen. Notwendig ist es, daß vor allem den Verkehrsinteressen der Anlieger diesmal eine größere Berücksichtigung entgegen gebracht wird, als dies bisher der Fall war. Gut wäre besonders, Schwebefähren anzubringen. Grade in diesen Tagen erst ist mir eine Beschwerde aus Brunsbüttel zugegangen, wo endlich erst jetzt die Menschenfähre durch eine Motorfähre ersetzt worden ist. Weiter ist zu wünschen, daß den Gemeinden in der Umgebung des Kanals, die einen zahlreichen Zufluß von unbemittelten Arbeitern zu gewärtigen haben, mit Zuschüssen zu Hilfe gekommen wird. Ueber Einzelheiten erwarten wir noch Aufklärung in der Kommission. Ich beantrage daher Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. **Frhr. v. Richthofen**-Damsdorf (kons.): Auch wir erwarten noch über Einzelheiten Aufklärungen in der Kommission, schließen uns daher dem Wunsche auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission an.

Abg. **Frohme** (Soz.): Wir müssen uns eine eingehende Prüfung vorbehalten, ob das wirtschaftliche Interesse die verlangte Summe erfordert. Bedingung für unsere Zustimmung würde sein, daß den beim Kanalumbau beschäftigten Arbeitern volle Koalitionsfreiheit gewährt wird.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) erklärt, daß seine Freunde für die letzte Forderung eintreten würden. Er wünscht, daß auch süddeutsche Firmen beim Umbau des Kanals herangezogen werden.

Abg. **Goerck** (nl.): Auch bei ernstester Prüfung wird man nicht umhin können, dem Umbau des Kanals im Grundsatze zuzustimmen, um den Kanal seine volle Bedeutung für die Zwecke der Marine und auch für unseren Handel zu sichern. Einzelheiten wird man ja in der Kommission zu erwägen haben, und in dieser wird man auch die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Momente würdigen, die von den beiden Vorrednern vorgebracht worden sind. Hier will ich daher nur noch meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß — der Denkschrift zufolge — bei dem Umbau des Kanals auch den Wünschen der Anlieger mehr als bisher Rechnung getragen werden soll.

Abg. **Spethmann** (freis) hält es für erforderlich, die Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen wegen ihrer Wichtigkeit, also nicht an die Budgetkommission. Bedauerlich sei, daß in der Denkschrift mit keinem Worte eingegangen sei auf die Mängel, die sich bei dem Betriebe des Kanals herausgestellt haben, und ebensowenig auf die wertvollen Vorschläge des Herrn Peters-Mölenhorst inbezug auf einen Parallel-Kanal. Namentlich diese Frage bedürfe einer ganz eingehenden Prüfung, und auch schon um deswillen müsse er auf dem Wunsche nach Ueberweisung an eine besondere Kommission bestehen.

Abg. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.) hält es für geschäftsordnungswidrig, einen Ergänzungsetat an eine besondere Kommission zu verweisen, statt an die Budgetkommission. Besonders bitte er, die deutsche Steinindustrie zu berücksichtigen.

Abg. **Graefe** (Reformp.) tritt für Verweisung an die Budgetkommission ein und fordert Verwendung von heimischen Materialien, soweit dies irgend angehe.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** freut sich, daß alle Redner die Notwendigkeit des Umbaues des Kanals anerkannt hätten. Ein Projekt derart, wie es jetzt dem Hause vorliege, würde jedenfalls früher gar nicht einmal Annahme gefunden haben, da man damals jedenfalls noch nicht wissen konnte, daß sich die Notwendigkeit eines Kanals in den jetzt geplanten Dimensionen herausstellen werde. Was die Leistungen von Hamburg und Preußen anlange, so werde das in der Kommission zu erörtern sein. Anzunehmen sei jedenfalls, daß Hamburg die Gründe, die es in diesem Punkte geltend machen könne, auch geltend machen werde. Selbstverständlich werde die heimische Industrie in erster Linie berücksichtigt werden, soweit sich das irgend mit finanziellen Gesichtspunkten vereinbaren lasse. Seine vornehmste Pflicht werde es auch sein, auf dem sozialen Gebiete alle Einrichtungen, namentlich also auch zum Zwecke des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge, zu treffen, die nötig seien.

Hierauf wird die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Vertrages mit der Schweiz über Beglaubigung öffentlicher Urkunden. Ohne Debatte erfolgte die Genehmigung gleich in zweiter Lesung.

Sodann wird die Beratung des Postetats, Titel Staatssekretär, fortgesetzt.

Abg. **Bruhn** (deutsche Reformp.) tritt für weitere Entlastung der Beamten und besonders der Unterbeamten ein, greift den Staatssekretär wegen eines von ihm an eine Berliner Firma Sachs gewährten „Monopols" an, befürwortet die Resolutionen betr. Ostmarken-Zulagen und nimmt die Beamten-Verbände in Schutz.

Abg. **Ortel** (nl.): Die Ostmarken-Zulagen sind nicht politischer Natur, ich kann diese Zulagen lediglich verstehen als Ausgleichs-Geld für die dortigen besonders schwierigen Lebensverhältnisse. Die Verdächtigungen, die gestern Herr Kulerski gegen die deutschen Beamten und Lehrer gerichtet hat, weise ich entschieden zurück.

Abg. **Fritzen** (Ztr.): Die Ostmarken-Zulagen sind keineswegs bloß wirtschaftlicher Natur, es sind feine Teuerungs-Zulagen, denn wären sie das, so müssen die Zulagen ja auch im Westen gezahlt werden, denn das Leben im Westen ist teuerer. Tatsächlich handelt es sich um eine politische Maßnahme, um ein Glied in der preußischen Polenpolitik. Dem Amendement Pachnicke, die Zulagen für „unwiderruflich" zu erklären, werden wir natürlich zustimmen, aber dennoch das Ganze ablehnen. Es würde ja übrigens eine Verschiedenheit in der Behandlung der preußischen Beamten und der Reichsbeamten entstehen, wenn diese unwiderrufliche Zulagen erhalten, während die Zulagen preußischer Beamten widerruflich sind. Wir beharren also auf unserem ablehnenden Standpunkt im Gegensatz zu den Freisinnigen, die noch im Vorjahre erklärten, sie würden die Zulagen auch dann nicht genehmigen, wenn sie „unwiderruflich" seien.

Abg. **Neumann-Hofer** (frs. Vgg.) tritt für unwiderrufliche Ostmarken-Zulagen ein, ferner für stärkere Ausdehnung des Fernsprechwesens auf dem platten Lande. Redner erhebt dann namentlich noch starke Bedenken gegen den Erlaß des preußischen Ministers des Innern, der den Beamten verbietet, sich an einzelne Abgeordnete zu wenden. Keinesfalls dürfe dieser Erlaß, den er übrigens für undurchführbar halte, auf das Reich abfärben! Noch unangenehmer sei übrigens den Ministern, wenn die Beamten sich an die Presse wendeten. Andere Ansichten hierüber habe erfreulicherweise der bayerische Minister von Frauendorffer in der bayerischen Kammer geäußert. Den Beamten einschließlich der Unterbeamten dürfen keine anderen Schranken auferlegt werden, als die gesetzlichen. Auch die Beamten sind vor allem Menschen, und haben als solche Rechte. Auf dieser Kapitelforderung müssen wir bestehen. Endlich geht Redner noch auf Fragen der Beamtenorganisation ein, wobei er die „gehobenen Stellen" verurteilt.

Abg. **Hug** (Zentr.) verbreitet sich ebenfalls über Beamtenwünsche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190705032-18/fragment/page=0001

Staatssekretär **Kraetke** wendet sich gegen eine weitere Resolution Ablaß betr. Einführung eines Ausnahmetarifs für Bücher, Schriftstücke usw. in erhabener Blindenschrift. Man möge mit solchen Ausnahmetarifen nicht erst anfangen, sondern etwa den Einzelstaaten überlassen, Blindenanstalten Vergünstigungen in anderer Art zuzuwenden.

Damit schließt die Debatte. Ueber die Resolutionen wird morgen abgestimmt werden, und zwar über die Ostmarken-Resolutionen in namentlicher Abstimmung.

Bei dem Besoldungstitel für die Unterbeamten hofft Abg. **Hinz** (Hospitant der R.-P.), daß die Verwaltung den Wünschen der Kommission inbezug auf Gehaltsverbesserungen stattgeben werde. Er bedauere nur, daß die Kommission das Maximum für die Unterbeamten unverändert gelassen und das Maximum nur von 1500 auf 1600, also nur um 100 Mark erhöht habe. Ganz ungenügend seien die Wohnungsgeldzuschüsse für Unterbeamte.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) fragt nach den Gründen, weshalb die Verwaltung die vorjährige Resolution des Reichstages auf Vereinigung der Postdirektoren und Oberpostinspektoren zu einer einheitlichen Besoldungsklasse nicht ausführen wolle. Es fehle an einer engeren Fühlung zwischen Verwaltung und Betrieb. Die Fühlung müsse dadurch hergestellt werden, daß diejenigen Herren, die später in den höheren Stellen der Verwaltung die Aufsicht führen, vorher auch in leitender Stelle den Betrieb kennen lernen.

Abg. **Hamecher** (Zentr.) wendet sich gegen die Stellung des Staatssekretärs zu den Beamtenvereinen.

Abg. **v. Treuenfels** (konf.): Auch ich möchte bitten, daß der Staatssekretär die Wünsche der Unterbeamten nochmals in Erwägung zieht.

Abg. **Ragalla v. Bieberstein** (konf.) bittet, die Postagenten nicht zu vergessen.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) unterstützt die Bitte des Vorredners. Das Ordinarium des Postetats wird erledigt.

Im Extraordinarium wird die von der Budgetkommission gestrichene Forderung für das neue Postgrundstück in der Französischenstraße zu Berlin, die bei der dritten Lesung des Notetats im Plenum wieder hergestellt worden war, auch im Hauptetat genehmigt.

Damit ist der **Postetat** bis auf die Abstimmung über die Resolutionen **erledigt**.

Der Etat der **Reichsdruckerei** wird debattelos **erledigt**, ebenso die Etats des allgemeinen **Pensionsfonds**, des **Rechnungshofs** und des **Reichsinvalidenfonds**.

Um 6½ Uhr beginnt noch die Beratung des Etats des **Reichseisenbahnamts**.

Abg. **Wetzel** (nl.) tritt für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ein und bedauert, daß nicht einmal die Verhandlungen zu einer Betriebsmittelgemeinschaft zu einem Abschluß geführt haben. Die Vereinheitlichung unseres Eisenbahnwesens sei auf dem toten Geleise. Die Bedenken gegen die von Württemberg vorgeschlagene Betriebsmittelgemeinschaft seien von Bayern ausgegangen; offenbar weil man dort den Charakter des Föderativstaats für gefährdet halte. Er (Redner) und viele in Deutschland ohne Unterschied der Parteien ständen auf dem Boden einer vollen Eisenbahnbetriebs- und Finanzgemeinschaft, zumal da der bayerische Vorschlag einer bloßen Wagengemeinschaft keine Aussicht auf Verwirklichung habe.

Abg. **v. Richthofen** (konf.): Im preußischen Abgeordnetenhause hat man bei der Erörterung der Betriebsmittelgemeinschaft nicht bloß preußisch-fiskalische Interessen vertreten, sondern auch sich die sachlichen Schwierigkeiten klar gemacht. Ich glaube jedenfalls die Ansicht aller meiner Freunde auszusprechen, wenn ich ein Gesetz, wie der Vorredner es wünscht, durchaus von der Hand weise. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident des Eisenbahnamts **Schulz** glaubt auf die Ausführungen des Abg. Wetzel nicht näher eingehen zu sollen und bespricht sodann einige Wünsche des Vorredners betreffend den Wiederersatz.

Hierauf wird um 7½ Uhr ein Vertagungsantrag gegen Sozialdemokraten und Freisinnige abgelehnt.

Abg. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.) ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Zersplitterung nirgends verkehrter ist als auf dem Gebiete des Verkehrswesens; jedoch habe das Reichseisenbahnamt nicht viel zu sagen. Redner polemisiert dann gegen den Abg. **v. Erffa** wegen einer Aeußerung im Abgeordnetenhause.

Abg. **Pichler** (Ztr.) wendet sich gegen die Wetzelschen Ausführungen. Als ihm zugeurfen wird, weshalb nicht Bayern wenigstens auf die Betriebsmittelgemeinschaft eingehe, antwortet er: Ich danke für einen Besitz, über den ich nicht voll verfügen kann, in dem ich also nichts zu sagen habe. Die Schwierigkeiten einer solchen Gemeinschaft liegen in der Verteilung der Einnahmen und Ausgaben, also der Ueberschüsse. Wer soll darüber bestimmen? Hätte Württemberg dasselbe Ruhrgebiet wie Preußen und dieselbe Industrie wie Preußen, dann würde es auch andere Einnahmen haben, und es würde dann auch ganz anders über diese Frage denken.

Abg. **Eichhorn** (Soz.): Früher waren Reichseisenbahnen tatsächlich ein Ideal. Heute aber angesichts eines solchen preußischen Abgeordnetenhauses wären Reichseisenbahnen lediglich preußische Eisenbahnen. Redner meint, Hessen habe auch keine sonderlich guten Erfahrungen mit der Gemeinschaft gemacht.

Abg. **Bindewald** (Ant.): Als Hesse kann ich Ihnen sagen: Wir in Hessen sind mit der preußisch-hessischen Gemeinschaft zufrieden.

Abg. **Köhler** (Resp.): Und ich als Hesse sage Ihnen, Finanziell sind wir zufrieden, aber zu sagen haben wir nichts mehr.

Hierauf wird der Etat genehmigt.

Morgen 1 Uhr: Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat, Reichsmilitärgericht, Kolonialetats. — Schluß 8 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom 2. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Studt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novellen zu dem **Lehrerpensions- und Relikten-gesetze**.

Die Vorlagen sichern den Lehrern die gleichen Vorteile in der Pensions- und Relektengeldbemessung wie sie den unmittelbaren preußischen Staatsbeamten in den kürzlich besprochenen Entwürfen zu teil geworden sind.

Kultusminister **Dr. v. Studt** bittet, die Vorlagen ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Abg. **Pallaske** (konf.): Die Vorlage beschränkt sich darauf, die Gehaltsprozente festzusetzen, die künftig Pension und Relektenbezüge ausmachen sollen. Beide Entwürfe sind die vorausgenommene Ergänzung zu dem noch ausstehenden Lehrerbesoldungsgesetz. Wir stimmen beiden Entwürfen gern zu. (Beifall.)

Die Abgg. **Glattfelder** (Ztr.) u. a. sind gleichfalls einverstanden.

Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen.

Die Beamtenpensions- und Relektengesetze werden in dritter Lesung angenommen, ebenso der Entwurf eines Richterbesoldungsgesetzes.

Es folgt die Interpellation des Abg. **Graf v. Kanitz** (konf.) über die Kohlenpreise.

Auf die Frage, ob die königliche Staatsregierung bereit sei, die Interpellation zu beantworten, stellt sich heraus, daß Vertreter des Handelsministeriums nicht zur Stelle sind. Unter der Heiterkeit des Hauses stellt

Abg. **Graf Praschma** (Ztr.) den Antrag, den nächsten Punkt der Tagesordnung, die einmalige Beratung der Denkschrift über die Verhandlungen mit dem Fürstentum Schaumburg-Lippe und den anderen beteiligten Staaten über die Herstellung des Rhein-Weser-Kanals, vorauszunehmen.

Das Haus beschließt so. Da Wortmeldungen nicht vorliegen, ist auch dieser Gegenstand sofort erledigt.

Nunmehr beantragt

Abg. **Dr. Frhr. v. Erffa** (konf.), die Sitzung zu vertagen, bis Vertreter des Handelsministeriums erschienen sind.

Unter großer Heiterkeit beschließt das Haus so. Nach etwa 5 Minuten erscheint

Handelsminister **Dr. Delbrück** und erklärt sich zu sofortiger Beantwortung der Interpellation bereit.

Die Interpellation verweist auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus den andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben, und fragt, ob die Regierung die Frage erneut prüfen will, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Auslande beizubehalten sind.

Abg. **Graf Kanitz** (konf.) begründet die Interpellation. Wir haben selten so andauernd hohe Kohlenpreise gehabt wie jetzt. Dabei sind die Verhältnisse der Kohlenproduzenten fortgesetzt günstig. Keine Zeche gibt weniger als 10 Prozent Dividende; einzelne geben bis 30 Prozent. (Hört! hört!) Weniger erfreulich ist die Lage der Arbeiter. Dabei müssen wir beobachten, wie unsere ländlichen Arbeiter scharenweise nach dem Kohlenrevier gelockt werden, die Arbeiter, die wir erzogen und ausgebildet haben. (Sehr wahr!) Die jüngsten Steigerungen der Kohlenpreise waren vollauf unberechtigt. (Sehr wahr!) Im Vorjahr wurden in Deutschland 136 479 885 Tonnen Kohlen produziert; 126 Millionen Tonnen wurden bei uns verbraucht. Eine Mark pro Tonne mehr bringt also den Kohlenproduzenten 126 Millionen Mark. (Hört! hört!) Was bedeuten gegenüber dieser Preissteigerung die gestiegenen Lebensmittelpreise? (Sehr wahr! rechts.) Die hohen Kohlenpreise steigern natürlich auch die Eisenpreise. Selbst die Preise von Brennholz und Grubenholz sind in die Höhe gegangen. Ich will gern anerkennen, daß sich das Kohlensyndikat in der Preispolitik einer gewissen Mäßigung befleißigt hat, aber die sog. Mäßigkeitsapostel behalten nicht immer die Oberhand. Auffälligerweise hat sich die Kohlenausfuhr mehr als verdoppelt. Durch das Abstoßen erheblicher Mengen nach dem Auslande wird der einheimische Markt von Waren entblößt und die ausländische Industrie gestärkt. (Sehr richtig!) Bei der Kartellenquete hat Generaldirektor Kirdorf abgelehnt, sich über die Kohlenpreise zu äußern, da er keine Geschäftsgeheimnisse preisgeben könne. (Hört, hört!) Blieben alle Kohlen im Inlande, so wäre kein Kohlenmangel, wir hätten erträgliche und doch für die Produzenten lohnende Kohlenpreise. (Sehr richtig!) 40—50 000 Bergarbeiter könnten in anderen Berufszweigen Beschäftigung finden. Heute aber haben wir eine ländliche Arbeiternot, damit das Ausland billige Kohlen bekommt. Da richte ich an den Minister die Bitte, im Bundesrat für Einführung eines Ausfuhrzolls für Kohle tätig zu sein. (Beifall rechts.) Unserer am chronischen Defizit leidenden Kohlenkasse wären die Einnahmen zu gönnen. Nach allen diesen Erwägungen wird unsere Interpellation berechtigt erscheinen. Eine reichsgesetzliche Regelung des Kartellwesens scheint nicht zu kommen. Ich habe auch die Arbeiterfrage mitberührt, um auf unhaltbare Zustände aufmerksam zu machen. Möge die Regierung von allen Mitteln Gebrauch machen, um diesen Kalamitäten abzuhelfen. (Stürmischer Beifall rechts, vereinzeltes Zischen links.)

Handelsminister **Dr. Delbrück**: Ich bedauere die hohen Kohlenpreise. Schwankungen in den Kohlenpreisen sind erklärlich und zu niedrige Kohlenpreise wären bedenklich. Die Zahlen des Vorredners sind nicht genügend zu dem Beweise, daß wir ungerechtfertigt hohe Kohlenpreise haben. Auch hier entscheiden die Kosten der Produktion und Angebot und Nachfrage. Haben die Kohlenpreise nach oben die zulässige Grenze überschritten? Ich muß die Frage verneinen. Das zeigt ein Rückblick auf die Kohlenpreise seit 1850. Die jetzigen Preise haben den Stand von 1901 noch nicht erreicht. Dabei geht die Kurve der Selbstkosten und Arbeitslöhne nach oben, die Kurve der Ueberschüsse nach unten. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Kohlenpreise stets nach der Konjunktur gerichtet. Bei uns haben sich die Preise mehr als im Auslande normalen Verhältnissen genähert. Gleichwohl erkenne ich an, daß heute die Kohlenpreise eine unheimliche Höhe erreicht haben. (Sehr wahr! und Hört! hört!) Die Regierung wird Abwehrmaßregeln ernst zu erwägen haben. Neben den grundsätzlichen Bedenken, die sich gegen einen Ausfuhrzoll erheben lassen, ist zu bedenken, daß der Zoll von den einheimischen Produzenten getragen werden müßte u. a. m. Wird aber der Zoll eingeführt, so sind entweder steigende Einnahmen für die Reichskasse zu erwarten oder gesteigerte Vorräte im Inlande; beides zugleich ist nicht denkbar. Der Staat hat aber die Pflicht, seine eigenen Kohlenschätze zu erhöhen; das ist geschehen. Um die Schwierigkeiten für den Kleinen Abnehmer zu erleichtern, habe ich wiederholt Anweisungen an die Bergwerksdirektionen ergehen lassen. Uebrigens sind die an ausländische Händler abgegebenen Mengen ständig gesunken.

Eisenbahnminister **Breitenbach** erklärt sich bereit, erneut zu prüfen, ob die ermäßigten Tarife für den Export von Kohlen und Koks beizubehalten sind. Die Ausfuhr hat sich gesteigert. Die Frage wird den Landeseisenbahnrat noch beschäftigen. (Beifall.)

Das Haus beschließt einstimmig die Besprechung der Interpellation.

Abg. **Hirsch**-Essen (nl.): Das Kohlensyndikat ist zu einer Zeit gegründet, als die Kohlenpreise niedrig waren. Dann gingen die Preise bis 1901 in die Höhe. Von den gesteigerten Preisen der Ruhrkohle ist aber den Arbeitern mehr zugeflossen als bei der Saarkohle. Die Preissteigerungen der englischen Kohle waren stärker als bei uns. Die Stetigkeit, die wir bei unserer Kohle erreicht haben, ist sicher dem Syndikat zu verdanken. (Sehr richtig! links.) Die Erscheinung wiederholt sich, daß die höchsten Preise nicht in der Hochkonjunktur gezahlt werden, sondern unmittelbar danach. Die Arbeitslöhne sind in der Zeit von 1893—1906 von 1000 auf 1600 Mark gestiegen. Diese Steigerung der Förderkosten muß natürlich bei Festsetzung der Kohlenpreise zum Ausdruck kommen. Sicherlich ist das Syndikat aus realen Erwägungen gegründet. Aber trieben nicht dieselben Erwägungen zur Reform des Zolltarifs, nämlich, um der Landwirtschaft zu helfen? Von der Aufhebung der billigen Auslandstarife ist etwas Nennenswertes nicht zu erwarten.

Abg. **Herold** (Zentr.): Jede Steigerung der Löhne ist mit Freude zu begrüßen. Freilich ist die Landwirtschaft dabei insofern in ungünstiger Lage, weil für ihre Preispolitik Auslandsverhältnisse und nicht die heimischen Produktionskosten maßgebend sind. Die Getreidepreise sind nicht gestiegen, sondern nur die Brotpreise, und dafür kann die Landwirtschaft nichts. Gegen das Abströmen der Arbeitskräfte vom Lande gibt es kein wirksames Mittel. Daß die Verdienste einzelner Berggesellschaften eine ungerechtfertigte Höhe erreicht haben, kann nicht bestritten werden. Die Einführung eines Ausfuhrzolles wäre ein gewagtes Beginnen. Andere Staaten würden mit Ausfuhrzöllen auf andere Rohprodukte folgen.

Abg. **Dr. Wagner** (frk.) steht auf dem Boden der Interpellation. Der Staat müsse seine Produktion steigern, um die Kohlenpreise beeinflussen zu können.

Abg. **Münsterberg** (frs. Vp.): Wir bedauern die hohen Kohlenpreise, aber wir haben bei der Vorbereitung des neuen Zolltarifs diese Erscheinung vorausgesagt. Jeder Form von Ausfuhrzöllen stehen wir grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Abg. **Hahn** (B. d. L.) ist kein grundsätzlicher Gegner der Syndikate am Sich. Aber jedes Syndikat muß sich in den Dienst der Gesamtheit stellen. Ich bedauere das Verhalten des Herrn Kirdorf in der Kartellenquete; Tatsachen sind doch nicht einfache Geschäftsgeheimnisse. Leider ist dem Minister nicht gelungen, auf das Geschäftsgebaren des Kohlensyndikats Einfluß zu gewinnen. Die Einschränkung der Förderung durch das Syndikat lag nicht im Gesamtinteresse. Hier hätte der Staat eingreifen müssen. Der Staat muß ein Wort mitsprechen bei der Preis- und Förderungspolitik des Syndikats. Leider wird der Export überschätzt, die Bedeutung des inländischen Marktes für den Absatz unterschätzt. Die Erklärung des Eisenbahnministers begrüße ich mit Genugtuung. Die Entwickelung treibt gegenwärtig dahin, daß einzelne Industriefamilien uns alle wirtschaftlich beherrschen, und daß die Bodenschätze wie Kohle und Kali in die Hand weniger Privatpersonen kommen. Da muß der Staat seine Kohlenfelder vermehren. Abg. Hirsch möchte auch die Schuld an den hohen Kohlenpreisen den bösen Agrariern zuschieben. An den hohen Fleischpreisen und Brotpreisen sind die Landwirte nicht schuld. (Sehr richtig!) Richtig ist, daß gerade umgekehrt die hohen Kohlenpreise die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben haben. Graf Kanitz gebührt das Verdienst, auf einen schweren wirtschaftlichen Mißstand hingewiesen zu haben. Sein Bemühen wird keine Feindschaft gegen die Industrie. (Sehr wahr! rechts.) Die Industrie verdankt ihre Schutzzölle der agrarischen Reichstagsmehrheit. Fördern wir den Absatz auf dem Inlandsmarkte! Möge das Syndikat den Zechen freie Hand in der Förderung lassen. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Das Haus vertagt sich.

Freitag: Kleinere Entwürfe, Initiativanträge, Petitionen. — Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Rußland.

Das **Rekrutenkontingent**.

Der **Reichsrat** hat in seiner Sitzung am 2. Mai den Gesetzentwurf betr. das **Rekrutenkontingent** für 1907 einstimmig angenommen.

Für die **Hungernden**.

Der **Reichsrat** hat die durch die Duma angenommene Gesetzesvorlage über die Bewilligung von 6 Millionen Rubel zur Unterstützung der von der Hungersnot betroffenen Provinzen ebenfalls angenommen.

Die **Handelsbeziehungen zu Japan**.

Am 2. Mai fand im Ministerium des Aeußern eine Sitzung der russisch-japanischen Konferenz bezüglich des Abschlusses eines Handelsvertrages statt. In dieser Sitzung wurde der Wortlaut des Vertrages selbst sowie der Separatartikel des Protokolls und der diplomatischen Noten über die speziellen Konzessionen, welche beide Seiten einander gewähren, festgestellt. Die formelle Unterzeichnung des Vertrages durch Bevollmächtigte Rußlands und Japans wird in nächster Zeit erwartet.

Großbritannien.

Die **Kolonialkonferenz**

nahm am 2.cr. die Beratung über die **Vorzugsbehandlung** wieder auf. **Botha** trat entschieden den Ansichten des australischen Premierministers **Deakin** in Bezug auf Vorzugsbehandlung entgegen und erklärte nachdrücklich, daß es für seine Regierung notwendig sei, sowohl britische als andere Waren mit Zöllen belegen zu können. Botha protestierte gegen jeden Versuch, die einzelnen Regierungen zu binden und sie in Tarifangelegenheiten ihrer Freiheit zu berauben. **Mac Kay** (Indien) und **Bond** (Neu-Fundland) erklärten sich gegen Schutzzölle; den gleichen Standpunkt vertrat Schatzkanzler **Asquith** seitens der britischen Regierung. **Lyne** (Neu-Südwales) sprach sich zugunsten von Vorzugsbehandlung aus.

Schwurgerichtssitzung.

Die Bluttat in der Karlstraße zu Halle a. S.

(Schluß.)

—l. **Halle**, den 2. Mai.

Auch dieser Zeugin gegenüber hat sich die Mutter des Angeklagten wiederholt über den Sohn beklagt. Einmal beschuldigte sie ihn, ihr 3 Mark aus dem Portemonnaie gestohlen zu haben, und fügte hinzu: „Es ist nur gut, daß er nicht die Rabattsparkarte entdeckt hat, sonst hätte der Stromer mir auch die noch genommen!"

Am Nachmittage nach der Bluttat schickte die Ahrens ein kleines Mädchen in die Wohnung Wipperts, um ihn fragen zu lassen, warum er am vorhergehenden Abend nicht gekommen sei und wann er sie treffen könne. Das Mädchen fragte unten bei einem Hausbewohner nach Wippert. Der Angeredete ging in Wipperts Schlafstelle hinauf und sagte zu ihm: „Herr Wippert, eben wurde unten nach Ihnen gefragt!" Wippert schrak auf diese Mitteilung hin erschöpflich zusammen, in so auffälliger Weise, daß der Hausgenosse ihn beruhigen zu müssen glaubte, indem er bemerkte: „Aber Sie brauchen doch keine Angst zu haben! Es ist ja nur ein kleines Mädchen." Der Vorsitzende fand dieses jähe Zusammenschrecken sehr belastend.

An demselben Nachmittage erschien Wippert auf kurze Zeit in einem Restaurant, in dem er zu verkehren pflegte. Er trug einen grauen Hut — so ist auch die Farbe des blutbespritzten — und ein sogen. Radfahrerhemd ohne Schlips. Er renommierte mit dem schönen Plan, sich einen feinen neuen Anzug und ein Paar Lackstiefel kaufen zu wollen. „Nachher geht's aber fein!" bemerkte er stolz und machte mit den Fingern einen Knipp. Heute bestritt er auch diesen Vorfall und behauptete sogar, er könne überhaupt keinen Knips machen. Als diese Behauptung Gelächter erregte, rief er gekränkt: „Meine Herren, was nützt das Lügen?! Es ist doch so!" Auch bei Bestreitung eines anderen Falles wiederholte er mit Nachdruck: „Aber meine Herren, was nützt das Lügen?! Was doch nicht wahr ist, ist nicht wahr!"

Ein früherer Arbeitskollege Wipperts sagt aus, dieser habe seinen Lohn meist schon vor der Zeit aufgebraucht. „An Ersparnisse war bei ihm nicht zu denken."

Der Gerichtsarzt Professor Dr. Schulz hatte bei Untersuchung der Leiche 5 Verletzungen auf dem Schädel, der Stirn, an der linken Schläfe und über dem linken Auge festgestellt. Zwei waren 6 cm lang und sehr tief, sodaß das Gehirn bloßgelegt war. Doch muß die 51jährige Frau noch einige Zeit, höchstensfalls aber nur 10 Minuten, nach den Verletzungen gelebt haben. Die erste Verletzung scheint sie von hinten her erhalten zu haben. Ihr Gesicht und die rechte Hand waren mit Blut überströmt. Auf der entblößten Seite der Brust, auf der sie ihr Geldtäschchen getragen hat, waren drei schwache Blutstreifen oberflächlich angewischt.

An 7 Kleidungsstücken des Angeklagten entdeckte der Gerichtsarzt größere oder kleinere Blutflecken, die nach dem Ergebnis der Untersuchung nur von Menschenblut herrühren können: an einem schwarzen und grauen Filzhut, einer schwarzen Hose und Weste, einem schwarzen Jackett, ferner an einem wollenen Hemd und einer Unterhose. In den beiden letzten Kleidungsstücken können die Flecken, da sie nicht von außen, sondern von innen eingedrungen sind, sehr wohl von Pusteln, deren der Angeklagte tatsächlich viele am Körper gehabt hat, herrühren. Endlich weist auch noch das Seifennäpfchen, das Wippert an jenem Sonntag benutzt hat, Reste von Menschenblut auf.

Der Tod der Mutter muß nach dem Magenbefund etwa eine halbe Stunde nach eingenommenem Mittagessen erfolgt sein.

Der Angeklagte bestreitet nach wie vor, daß die Blutflecken durch Ermordung seiner Mutter in seine Kleider gekommen seien. Er hascht in auffälligster Weise, die allgemeinen Kopfschütteln und teilweise Gelächter erregt, nach immer neuen Einwänden und will für die geringfügigsten Dinge noch immer mehr Zeugen zur Stelle geschafft wissen. Er beteuert schließlich: „Ich würde es ja so gerne sagen, wenn ich was gemacht hätte!" Auch diese Versicherung erregt im Saale nur ungläubiges Kopfschütteln oder Gelächter.

Während der Gerichtsarzt sein Gutachten über die Verletzungen abgab und den Schädel der Ermordeten vorzeigte, mußten die beiden Schwestern des Angeklagten vor Weinen den Saal verlassen. Das finster zusammengekniffene Gesicht des Angeklagten selbst verriet dagegen nicht das geringste Angehen von Rührung. Auch seine Zwischenfragen, die er sogar bei diesem grausigen, überall im Saale Bewegung hervorrufenden Thema einwarf, klangen genau so fest im Ton wie alle früheren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190705032-18/fragment/page=0002

Die Schuldfragen wurden aus § 214 und 215 des Reichsstrafgesetzbuchs gestellt (vorsätzliche Tötung einer Verwandten aufsteigender Linie, um bei Unternehmung einer strafbaren Handlung, im vorliegenden Falle eines Gelddiebstahls, ein der Ausführung entgegen tretendes Hindernis zu beseitigen). Wippert kann danach nicht, wie im Publikum wohl allermeist erwartet worden ist, mit dem Tode, sondern nur mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden.

Der Erste Staatsanwalt nannte die Tat eine ruchlose, die in unserer Stadt Abscheu erweckt habe. Ein tief erschütternder, jedes menschliche Gefühl aufs äußerste verletzender Vorfall unterliege der Beurteilung der Geschworenen. Einer armen Frau, die sich eine bescheidene, durch Waschen und ähnliche mühsame Verrichtungen verdiente Summe zurückgelegt habe, sei dieser Notpfennig durch einen elenden Mordbuben geraubt worden, und zwar in tragischem Geschick durch den eigenen, so lange liebevoll gehegten und immer wieder gepflegten Sohn. Welcher Schmerz mußte es für die Mutter in ihrem letzten schweren Kampfe sein, daß ihr Mörder und Berauber eben dieser undankbare Sohn sei! — Der Angeklagte unterbrach hier den Staatsanwalt mit dem Ausruf: „Meine Herren, ich bin unschuldig!" — Der Staatsanwalt führte dann noch einmal alle Belastungsmomente gegen den Angeklagten in langer Reihe vor. Nur ein mit den Wohnungsverhältnissen genau Vertrauter kann die Tat ausgeführt haben. Am Sonntag, zumal um die Mittagszeit, laufen hier in Halle die Mörder nicht wie die Hunde auf der Straße herum. Noch bei der ersten gerichtlichen Durchsuchung zwei Tage nach der Tat befand sich in der Wohnung alles sozusagen in sonntäglicher Feststimmung. Es war alles noch wohlgeordnet und unberührt. Welcher fremde Einbrecher konnte wissen, daß die Frau ihr Geld in einem Täschchen auf der Brust verwahrte? Aber nur nach diesem Geldtäschchen hat der Mörder gegriffen, sonst nach nichts weiter gesucht, sondern alles andere unberührt gelassen. Welcher Fremde konnte überhaupt ahnen, daß bei einer im Kellergeschoß wohnenden Waschfrau 200 Mark bares Geld zu holen seien? Ein Fremder würde sich ferner selbst eine Waffe mitgebracht haben, statt erst nach dem Küchenbeil seines Opfers zu suchen. Auch das Verstecken des Beils in dem hintersten, nicht leicht zu übersehenden Wohnraum kann nur ein mit den Verhältnissen Bekannter ausgeführt haben. Seinem Vorleben und Charakter nach sei dem Angeklagten eine solche Tat, so furchtbar sie ist, sehr wohl zuzutrauen. Für ihn sei kein Wort der Verurteilung scharf genug. Der Eindruck, den er in der gestrigen und heutigen Verhandlung gemacht habe, genügt vollkommen zu seiner Charakterisierung. Seine unaufhörlichen Einwände würden bei anderen Menschen kindisch und albern zu nennen sein, bei ihm machten sie nur den Eindruck bodenloser Unverschämtheit. Die Anklagebehörde habe lange geschwankt, ob sie nicht die Anklage auf überlegten Mord, auf dem die Todesstrafe steht, erheben solle. Indes wenn dem Angeklagten auch sehr viel Schlechtes zuzutrauen sei, so doch wohl nicht das Furchtbare, die eigene Mutter mit klarer Ueberlegung getötet zu haben. Er habe wohl nur Geld von ihr haben wollen und auf ihre Weigerung schließlich in der Erregung zur Gewalt gegriffen. Immerhin bleibe die Tat schwer und ruchlos genug, und es sei daher wohl zu hoffen, daß sie durch eine glatte Bejahung der Schuldfragen seitens der Geschworenen ihre gerechte Sühne finden werde.

Auch der Verteidiger des Angeklagten war der Ansicht, daß im vorliegenden Falle, wenn der Angeklagte wirklich der Schuldige sei, das denkbar schwerste Verbrechen begangen sein würde. Denn dann habe der Sohn der eigenen Mutter, die ihm erst sein Leben geschenkt habe, undankbar das ihrige wieder genommen. Er führte dann allerlei Entlastendes auf, namentlich deutete er die späte Auffindung des Beiles zugunsten des Angeklagten. Offenbar habe der wahre Schuldige erst später das Beil in dem hintersten Wohnraum niedergelegt. Anderenfalls müßte ja die Kriminalbeamten der ungeheuerliche Vorwurf treffen, bei der Durchsuchung der Wohnung ihre Pflicht nicht genügend getan zu haben.

Nach Schluß der Plaidoyers tat der Angeklagte den Ausruf: „Mein Herz ist vollständig rein, meine Herren, mein Gewissen ist frei von jedem Verdacht! Im mir lebt die frohe Hoffnung, daß der wahre Schuldige sich einst doch noch stellen wird, wenn sich nur erst das Gewissen in ihm regt. Dafür wird mein Gott schon sorgen!" Die pathetische Beteuerung erregte wiederum nur ungläubiges Kopfschütteln oder Gelächter.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen. Der Staatsanwalt beantragt darauf gegen den Angeklagten lebenslängliche Zuchthausstrafe. Die ruchlose Tat zeuge von außerordentlicher Brutalität, und trotzdem habe der Angeklagte als ein Mensch von großer Roheit nicht das geringste Bedauern über sein Verbrechen, das nahe an Mord streife, gezeigt.

Wippert erklärte auf den Antrag, über den seine Schwestern wieder in lautes Weinen ausbrachen: „Ich wiederhole aus fester Ueberzeugung, ich bin unschuldig! Auch muß ich den Herren höflichst den Vorwurf machen, daß Sie mich ja während der ganzen Verhandlung noch nie gefragt haben, woher ich das Geld eigentlich hatte."

Der Gerichtshof erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf **lebenslängliche Zuchthausstrafe.** Die Tat sei eine außerordentlich schwere, wie sie schwerer kaum gedacht werden könne. Das ganze Verhalten des Angeklagten während der Verhandlung habe ihn einer milden Beurteilung durchaus nicht empfohlen. Der einzige vorhandene mildernde Umstand, seine Jugend, könne allen übrigen Erwägungen gegenüber nicht in Betracht kommen.

Wippert geriet über den Urteilsspruch in heftige Erregung, stieß wütend allerlei unverständliche Drohworte aus und mußte mit Gewalt aus dem Saale gebracht werden.

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnräuber. Auf der Bahnlinie Zarizin—Lichaja wurde ein Eisenbahnkassierer in der Nähe der Station Walkowo im Waggon von mehreren Bewaffneten ermordet und einer Summe von 60 000 Rubeln beraubt.

Die Tätigkeit des Stromboli. Wie das Observatorium in Catania mitteilt, geht auf Stromboli ein Aschenregen in Unterbrechungen, verbunden mit dumpfem grollendem Geräusch, nieder. Ein starker Lavastrom fließt den Nordabhang des Vulkans, dessen außergewöhnliche eruptive Tätigkeit fortdauert, hinab. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Ueber dem Aetna sind die gewöhnlichen Rauchwolken bemerkbar.

Eisenbahnunfall. Aus Zella St. Blasii erhalten wir unterm 2. Mai folgende amtliche Meldung: Beim Güterzuge 6847 ist auf der Strecke Zella St. Blasii - Oberhof ein leerer Güterwagen in der Mitte des Zuges entgleist. Personen sind nicht verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend. Der Verkehr wird zwischen Zella St. Blasii und Oberhof auf ca. zehn Stunden eingleisig durchgeführt.

Umfangreiche Arbeiteraussperrungen. Wie die „Offenbacher Zeitung" meldet, hat am 1. Mai der Verband der Metallindustriellen von Frankfurt a. M. und Umgegend aus Anlaß des Ausstandes der Offenbacher Metallarbeiter beschlossen, sich mit dem Offenbacher Metallindustriellen solidarisch zu erklären. Infolgedessen werden am 25. Mai 60 Prozent der Metallarbeiter in den Fabriken von Frankfurt a. M. und Umgebung ausgesperrt werden.

Der Schnee in den Alpen. In Nordtirol sind wieder bedeutende Schneefälle niedergegangen, die im Zillertal arge Schäden anrichteten und große Streden vermurten. Im Pustertal hatte der Schnee in den höheren Lagen 1 Meter Höhe. In Schlanders sind die Obstkulturen vernichtet. Bei Prettau und Sillian sind große Lawinen niedergegangen.

Die Kronprinzessin von Schweden ist, von Neapel kommend, Donnerstag abend in Karlsruhe eingetroffen. Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden empfingen die Kronprinzessin auf dem Bahnhofe und geleiteten sie dann zum Schlosse.

Die Grubenexplosion bei Scarboro. Laut Mitteilung der Gruben-Verwaltung sind durch die Explosion in der Grube zu Scarboro elf Personen getötet.

Der Bergarbeiterstreik in Lothringen. Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, ist der Streik der Erzbergleute in Lothringen beendet und die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Letzte Telegramme.

Berlin, 3. Mai. Nach einem Telegramm des Czernowitzer Berichterstatters des „Berl. Tagebl." besteht nunmehr die Gefahr ernster Pogrome auch in der Bukowina. Vor allem macht sich eine Bewegung in den Putillaer und Selettiner Bezirken bemerkbar. Die Bauern, die alle mit Revolvern bewaffnet seien, sollen einen Ueberfall auf die jüdische Bevölkerung planen. Die Landesregierung hat in größter Angst strengste Maßregeln angeordnet. Militär geht heute in die gefährdeten Bezirke ab.

Kiel, 2. Mai. Das Kriegsgericht der 18. Division hat den Zahlmeister-Applikanten der Reserve Köhler wegen Unterschlagung von Geldern von Einjährigen, begangen auf dem Kreuzer „Medusa", zu vier Wochen Mittelarrest und Degradation verurteilt.

Wien, 2. Mai. Seit gestern befinden sich die Arbeiter der Speditions- und Transportbranche im Ausstande. Bisher ist keine Einigung erzielt worden. Von 6000 Mann ist über die Hälfte streiklustig. Im Laufe des Tages kamen Ausschreitungen vor, mehrere Möbelwagen wurden auf der Straße umgeworfen. Viele Streikende wurden verhaftet.

Rom, 2. Mai. Professor v. Behring-Marburg, der zurzeit hier weilt, besuchte heute das hygienische Institut der Universität und wandte sein Interesse hauptsächlich den auf die Malaria bezüglichen Untersuchungen und Arbeiten zu.

Pinsk, 2. Mai. Ein gewisser Topolew ist hier unter der Beschuldigung, an der Ermordung Herzenstein teilgenommen zu haben, verhaftet worden. Er wird nach Wilborg gebracht werden.

Madrid, 2. Mai. Die liberale Partei beschloß Wahlenthaltung bei den Senatswahlen, da die Regierung ihr nur 20 Sitze zubilligen will. Der Entschluß erregt begreifliches Aufsehen.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Sonnabend, 4. Mai: Sonnig, warm, später Regen, Gewitter.
Sonntag, 5. Mai: Normal warm, vielfach heiter, schön.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,05, Trotha + 2,42, Alsleben + 2,18, Bernburg + 1,74, Calbe, Oberpegel + 1,74, Calbe, Unterpegel + 1 52. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,85. - **Moldau:** Budweis + 0,72, Prag + 1,40. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,31, Brandenburg, Unterpegel + 1,95, Rathenow, Oberpegel + 1,78, Rathenow, Unterpegel — 1,56, Havelberg + 3,21. — **Elbe:** Pardubitz + 0,68, Brandeis + 1,14, Melnik + 1,36, Leitmeritz + 1,18, Aussig + 1,77, Dresden — 0,22, Torgau + 2,62, Wittenberg + 3 23, Roslau + 2,85, Aken + 3,16, Barby + 3,08, Magdeburg + 2,61, Tangermünde + 3,70, Wittenberge + 3 34, Lenzen + 3,40, Dömitz + 2,83, Darchau + 2,52, Lauenburg + 2,76.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Schubert u. Salzer, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft,** in Chemnitz. In der Aufsichtsratssitzung wurde der Abschluß für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt 1 621 995 (1 273 676) Mk. Es wird vorgeschlagen, 433 102 (253 514) Mk. zu Abschreibungen zu verwenden, 100 000 (80 000) Mk. dem Delkrederekonto zuzuführen und 30 (25) Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen, so daß ein Vortrag von 499 544 Mk. verbleibt. Die Gesellschaft ist in allen Abteilungen voll beschäftigt.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Naumburg a. S.,** 24. April. (Bericht der Naumburger Getreide-Notierungskommission.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab benachbarter Station und frei Naumburg Bahnhof. **Weizen:** fest, gut 202—205, mittel 198—201, gering 190—197 M. **Roggen:** fest, gut 187—189, mittel 184 bis 186, gering —,— M. **Braugerste:** unveränd., gut — bis —, mittel ——, gering —— M, feinste über Notiz. **Hafer:** fest, gut 188—192, mittel 180—187, gering 165—179 M. („Landw. Wochenschrift".)

— **Magdeburg,** 2. Mai. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. **Weizen** stetig, englischer gut 198—202 M, mittel 190—196 M, gering bis —,— M, do. Sommer- gut 200—205 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 202—207 M, do. Rauhgut 196—200 M, do. ausländischer gut 197—205 M. **Roggen** fest, inländischer gut 190—193 M, ausländischer —,— M. **Gerste** ruhig, hiesige Chevaliergerste gut 157—160 M, mittel —,— M, feinste —,—, hiesige Landgerste gut — bis — M, hiesige Wintergerste —,— M, ausländische Futtergerste gut —,— M. **Hafer** steigend, inländischer gut 195—200 M, ausländischer —,— M. **Mais** fest, runder gut 146—148 M, amerikanischer bunter gut 147—150 M. **Erbsen,** hiesige Viktoria- gut —,— M, grüne Folger gut —,— M.

— **Berlin,** 2. Mai. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. —,— M ab Bahn, Juli —,— M, September 190,50 M. Roggen inländ. ab Bahn —,— M, Juli —,— M. Hafer, märk., mecklenb., pommer., preuß., pos. und schles. fein 198,00—202,00 M, mittel 191,00—197,00 M, gering 187,00—190,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 148,00—151,00 M, runder 148,00 bis 150,00 M frei Wagen. Gerste inländische Futterware mittel und geringe 160,00—166,00 M, gute 167,00—176,00 M, russ. und Donau leichte —,— M, schwere —,— M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futtererbsen, mittel 168,00—179,00 M, feine und Taubenerbsen 180,00—190,00 M, kleine Kocherbsen 190,00—230,00 M, Viktoriaerbsen 220,00 bis 250,00 M ab Bahn und frei Wagen. Bohnen, weiße 235,00 bis 300,00 M. Weizenmehl 00 25,50 bis 26,75 M, Roggenmehl 0 und 1 24,00—25,70 M. Weizenkleie 11,50—12,00 M, Roggenkleie 12,60—13,00 M — Preise um 2 Uhr: Weizen behauptet, Mai 197,25 M, Juli 199,00 M, Sept. 191,25 M. Roggen höher, Mai 188,50 M, Juli 190,00 M, Sept. 172,50 M. Hafer fest, Mai 190,00 M, Juli 191,75 M, Sept. 166,25 M. Mais fest, Mai 140,00 M, Juli 136,50 M. Rüböl behauptet, Mai 70,90 M Oktober 66,40 M, Dezember 66,20 M.

— **L. Hamburg,** 2. Mai. Tägliche ausländ. Offerten in Marke Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Kansas II Mai 191½ M, Walla Walla Febr. 200½ M, Austral. Febr. 204 M, Bahia Blanca 80 kg schwim. 195½ M, 79 kg April/Mai 195½ M, Mai/Juni 196 M, Rosario 80 kg schwim. 196 M, April/Mai 196½ M, 79 kg lad. gelad. 195½ M, La Plata ungar. 80 kg April/Mai 196 M, 79 kg April/Mai 195½ M, franz. 79/80 kg April/Mai 198 M, Donau 75/76 kg April/Mai 193 M, 73/74 kg April/Mai 190½ M — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 Mai alt 186 M, Donau 70/71 kg April/Mai 188 M — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg April 144 M, Mai 138 M bz., Juni 136½ M — **Mais:** Mixed Mai 135½ M, Mai/Juni 136 M, Donau-Balg. April/Mai 133 M, Mai/Juni 131½ M, La Plata Mai/Juni 136 M, Odessa schwim. 136½ M.

L. Weltmarkt. Berlin, 2. Mai. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 197,25, Juli 199,00. New-York, Red Wint. 2, loko 139,10, Mai 140,60, Chikago, Northern I Spring Mai 124,45, Juli 129,25. Liverpool, Red Wint. 2, Juli 147,05. Paris, Lieferungsw., Mai 191,55. Budapest, Lieferungsw., Mai 152,55. Odessa, Ulka $9^{22}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospes., loko 135,10. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordir., —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr., Mai 188,50, Juli 190,00, Odessa, $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospes. loko 123,40. **Hafer:** Berlin 450 gr., Mai 190,00, Juli 191,75. **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Mai —,—, New-York mixed, Mai 99,40. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordir. —,—

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin,** 2. Mai. Kartoffelstärke 18,00—18,50 Mk., Kartoffelmehl 18,00—18,50 Mk., feuchte Stärke —,— Mk.

Spiritus.

— **Hamburg,** 2. Mai. Spiritus ruhig, Mai 19 G., Mai-Juni 19 G., Juni-Juli 19 G.

— **Paris,** 2. Mai. Spiritus behauptet, Mai 36,25, Juni 36,75, Juli-August 37,00, September-Dezember 35,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 2. Mai. Rüböl loko 73,00, Okt. 69,00.

— **Hamburg,** 2. Mai. Rüböl fest, loko verzollt 71,00.

— **Paris,** 2. Mai. Rüböl fest. Mai 76,00, Juni 70,00, Juli-August 76,00, September-Dezember 76,75.

— **Amsterdam,** 2. Mai. Leinöl fest, loco —,— Juni —, Juni-August 24¾, September-Dezember 24½, Januar-April 23¾.

W. Pest, 2. Mai. Raps per August 14,35 Gd., 14,45 Br.

Zucker.

W. **Hamburg,** 2. Mai. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Mai 19,10, per Juni 19,20, per August 19,40, per Oktob. 19,10, per Dezember 19,00, per März 19,30. Tendenz: fest.

W. **London,** 2. Mai. 96% Java-Zucker loko stetig, 10 sh. 6 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko ruhig, 9 sh. 5¾ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg,** 2. Mai. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos Mai 27½ G., September 28½ G., Dezember 28¾ G., März 29 G. Tendenz: schleppend.

— **Havre,** 2. Mai. Kaffee. Good average Santos Mai 35,00, September 34,75, Dezbr. 35,00, März 35,25. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam,** 2. Mai. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 33½.

W. **Rio de Janeiro,** 1. Mai. Kaffee. Zufuhren 9 000 Sack in Rio, 43 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 2. Mai. Baumwolle, fest. Upland middling loco 59½ Pfg.

— **Antwerpen,** 2. Mai. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Mai 5,95 Käufer September 5,70 bez. Ruhig.

— **Liverpool,** 2. Mai. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Mai 6,09, per Mai-Juni 6,09, per Juni-Juli 6,03, per Juli-August 5,99, per Aug.-Sept. 5,88, per Sept.-Okt. 5,80, per Okt.-Nov. 5,73, per Nov.-Dez. 5,71, Dez.-Jan. 5,70, Jan.-Febr. 5,70.

Petroleum.

— **Hamburg,** 2. Mai. Petroleum behpt., Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— **Amsterdam,** 2. Mai. Banca-Zinn ruhig, loco 119½.

— **London** 2. Mai. Silber 30⅜/16 Lstrl. Chili-Kupfer 106 Lstrl., per 3 Monate 104½ Lstrl., Blei, span. 20½ Lstrl., engl. 20½ Lstrl., Zinn 194 Lstrl., Zink 26 Lstrl.

— **Glasgow.** 2. Mai. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 59 sh. 6 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle,** 2. Mai. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 22.—27. April 1907 eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia 5—8jähr., 1400—1920 Pfd., 41—40 M, 14 Verk.*; Ib 4—6jähr., 1514—1900 Pfd., 39—38 M, 8 Verk.*; IIa —; IIb 4jähr., 1440 Pfd., 36 M, 1 Verk.*; IIIa 5jähr. 1560 Pfd. 34 M, 1 Verk.; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia 2jähr., 1440 Pfd., 40 M, 1 Verk.*; Ib —; IIa —; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Kühe: Kl. Ia 5—8jähr., 1185—1500 Pfd., 40—38 M, 4 Verk.*; Ib 3—8jähr., 1030—1370 Pfd., 37—35 M, 19 Verk.*; IIa 4—9jähr., 880—1200 Pfd., 34—33 M, 13 Verk.*; IIb 7—12jähr., 1000—1190 Pfd., 32—31 M, 4 Verk.*; IIIa 7jähr. 1150 Pfd., 30 M, 1 Verk.*; IIIb 8jähr., 800 Pfd., 28 M, 1 Verk.

Schweine: 351—381 Pfd., 48 M, 4 Verk.*; 337 Pfd., 46 M, 1 Verk.*; 290—328 Pfd., 45 M, 5 Verk.*; 202—356 Pfd., 44 M, 12 Verk.*; 270—380 Pfd., 43 M, 13 Verk.*; 260—328 Pfd., 42 M, 9 Verk.*; 211—321 Pfd., 41 M, 12 Verk.*; 200—334 Pfd., 40 M, 36 Verk.*; 240—318 Pfd., 39 M, 6 Verk.*; 230—312 Pfd., 38 M, 4 Verk.; 271—307 Pfd. 37 M, 2 Verk. — Durchschnittspreis: 41,53 M p. Zentner. — *Nicht Einzeltiere, sondern Verkaufs-Gruppen. („Landw. Wochenschrift".)

— **Leipzig,** 2. Mai. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 169 Rinder, und zwar 39 Ochsen, 8 Kalben, 62 Kühe, 60 Bullen; 893 Kälber; 337 Stück Schafvieh; 1730 Schweine, und zwar 1730 deutsche; zus. 3129 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 78, III. 70, IV. 60 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. 75, III. 68, IV. 61, V. 52 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 76, II. 70, III. 64 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 56, II. 53, III. 42, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 42, II. 40, III. — M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 51, II. 49, III. 45, IV. 43—46 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 130 Rinder, und zwar 30 Ochsen, 6 Kalben, 58 Kühe, 36 Bullen, 891 Kälber, 222 Schafe, 1654 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe und Bullen langsam, Kälber, Schafe und Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 2. Mai. Roter Winter-Weizen loko 96⅞, per Mai 92⅜, per Juli 92⅜, per Septbr. 92¾, per Dezbr. —.—. Mais per Mai 60, per Juli 58½, per Sept. 58⅝. Mehl 3,25. Getreidefracht nach Liverpool 1⅛.

W. Chicago, 2. Mai. Weizen per Mai 81⅝, per Juli 84⅛. Mais per Mai 49⅞.

W. New-York, 2. Mai. Petroleum Standard white in New-York 8,20, do. in Philadelphia 8,15, do. in Refined Cases 10,65, do. Credit Balances at Oil City 1,75.

W. New-York, 2. Mai. Schmalz Westernsteam 9,10, Rohe und Brothers 9,25.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebensleben;** für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling;** für Lokales: **Ludwig Moeschert,** sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190705032-18/fragment/page=0003

Berliner Börse, 2. Mai 1907

Die Rubrik in Gurstwehrth gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. 1. April 1. Juli 1. Okt. 2 Jan. 1. April 1. Juli 1. Okt. 3 Jan. 1. April 1. Juli 1. Okt. 4 Jan. 1. April 1. Juli 1. Okt. 5 Jan. 1. April 1. Juli 1. Okt.